

Zwischenbilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir machen den Unterschied



Inhalt

- 04** Jens Spahn: Wir bringen Deutschland voran
- 06** Wirtschaft entlasten
- 08** Energiewende technologieoffen meistern
- 10** Infrastruktur modernisieren
- 12** Irreguläre Migration eindämmen
- 14** Die Rente zukunftsfähig machen
- 15** Beste Gesundheitsversorgung bei stabilen Beiträgen
- 17** Neue Grundsicherung für mehr Gerechtigkeit
- 18** Wehrhaftigkeit stärken
- 20** Außenpolitisch Führungsstärke zeigen
- 22** Impressum



Jens Spahn: Wir bringen Deutschland voran

Seit der letzten Bundestagswahl ist politisch vieles in Bewegung geraten. Begleitet von Kriegen und Krisen verschiebt sich das Machtgefüge in der Welt. Im Inland hat die CDU/CSU-geführte Regierung damit begonnen, den jahrelangen Reformstau Schritt für Schritt aufzulösen. Unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz und in Koalition mit der SPD stellen wir Deutschland neu auf und machen es fit für die Zukunft.

So haben wir in der Migrationspolitik neue Prioritäten gesetzt. Die irreguläre Migration ist eingedämmt. Das spüren vor allem die Kommunen. Deutschland hat die EU zu einem Wandel in ihrer Migrationspolitik geführt. Im Sozialbereich sorgen wir mit der Neuen Grundsicherung für mehr Gerechtigkeit. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Wer bedürftig ist, kann sich auf die Unterstützung der Gesellschaft verlassen.

Wir haben Impulse für Wachstum gesetzt, indem wir Wirtschaft und Verbraucher entlasten, indem wir in die Zukunft Deutschlands investieren. Wachstum ist die Schicksalsfrage unserer Nation. Wir setzen alles daran, dass 2026 ein Jahr des Wachstums wird – auch wenn dies wegen des Iran-Krieges und seiner wirtschaftlichen Folgen nicht allein in unserer Hand liegt.

Aufgrund der internationalen Bedrohungen sind wir in eine neue Ära der Verteidigungspolitik eingetreten. Wir rüsten Deutschland auf und aus. Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen, lautet unser Grundsatz. Es ist unsere patriotische Pflicht, die Richtung zu weisen, doch wir gehen diesen Schritt gemeinsam mit der Gesellschaft.

Auf Deutschland kommt es an. Dank dem Bundeskanzler gibt es eine europäische Stimme in internationalen Fragen, die Gehör findet. Mit Friedrich Merz übernimmt Deutschland Führung in Europa.

Wir haben 141 Gesetze in knapp einem Jahr verabschiedet. Doch das ist nur der Anfang. Wir haben viel erreicht, aber es reicht noch nicht. Frühere Versäumnisse sind nicht innerhalb kurzer Zeit aufzuholen. Aber es ist unser christdemokratischer Anspruch, jeden Tag dafür zu arbeiten, einen Unterschied zum Guten zu machen.



Wirtschaft entlasten

Eine starke Wirtschaft ist die Voraussetzung für Wohlstand. Damit die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, braucht es gute Rahmenbedingungen.

Daher fördert die Koalition Investitionen, indem sie Unternehmen jährliche Abschreibungen bis zu 30 Prozent ermöglicht. Investitionen von Investmentfonds in Infrastrukturprojekte werden spürbar erleichtert. Ab 2028 wird die Körperschaftsteuer schrittweise von 15 auf zehn Prozent gesenkt. Die Gasspeicherumlage fällt weg, Netzentgelte werden bezuschusst, ein Industriestrompreis wird eingeführt. Für das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft wird die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz gesenkt.

Von der Eckkneipe bis zum Kettenrestaurant: Gaststätten profitieren von der Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen von 19 auf sieben Prozent. Landwirten wird die Agrardieselsteuer wieder zurückerstattet.

Hohe Spritpreise belasten Betriebe wie Busunternehmen und Pflegedienste. Die Koalition hält dagegen: So dürfen Tankstellen nur noch einmal täglich die Preise erhöhen und Mineralölkonzerne müssen nachweisen, dass Erhöhungen gerechtfertigt sind. Zudem wird die Energiesteuer bei Diesel und Benzin um ca. 17 Cent pro Liter gesenkt, begrenzt auf zwei Monate.

Energiewende technologieoffen meistern

Deutschland will bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden. Danach sollen nur noch so viele Treibhausgase ausgestoßen werden, wie auf natürliche oder technische Weise aufgefangen werden können. Ein ambitioniertes Ziel, aber machbar, wenn man auf Technologieoffenheit setzt. Dazu gehören die Abscheidung und unterirdische Speicherung von Kohlendioxid. Über ein Pipeline-Netz soll CO₂ transportiert, gespeichert und nutzbar gemacht werden. Wichtig ist dies etwa für die Zement-, Kalk- oder Aluminiumindustrie, die CO₂-Emissionen nur schwer vermeiden kann.



Technologieoffenheit soll auch für die Automobilindustrie gelten. Die schwarz-rote Koalition setzt sich in Brüssel für die Abkehr vom strikten Verbrenner-Aus ein. Neben E-Autos sollen auch Plug-in-Hybride, Elektrofahrzeuge mit Range Extendern und hocheffiziente Verbrenner weiter zugelassen werden dürfen.

Im Sinne des Klimaschutzes stärkt die Koalition die Bahn und den öffentlichen Nahverkehr. Auch das beliebte Deutschlandticket bleibt – die Finanzierung ist langfristig gesichert.



Infrastruktur modernisieren

Kaputte Straßen, baufällige Brücken und ein marodes Schienennetz – die Infrastruktur Deutschlands ist in die Jahre gekommen. Um Abhilfe zu schaffen, hat die unionsgeführte Koalition die größte Modernisierungsoffensive seit der Wiedervereinigung gestartet. Dafür steht ein Sondertopf von 500 Milliarden Euro bereit, aus dem die Länder 100 Milliarden erhalten.

Für Straßen, Schienen und Wasserstraßen gilt: Was baureif ist, wird gebaut. Folglich wurde für 16 Bundesstraßen und sieben Autobahn-Projekte Anfang Dezember 2025 die Freigabe erteilt.



Stichwort Bauen: Auch den Wohnungsbau treibt die CDU/CSU-geführte Koalition voran. Denn der Mangel an Wohnraum treibt die Mietpreise in die Höhe und die Mieter in die Verzweiflung. Abhilfe schafft der sogenannte Bau-Turbo – ein Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus. Er ermöglicht es den Kommunen, von starren Bebauungsplänen und Bauvorschriften abzuweichen. Mit Erfolg: Die Zahl der Baugenehmigungen steigt deutlich.

Um Bauprojekte zu fördern, die den Energieeffizienz-Standard EH 55 erfüllen, hat die Koalition das KfW-Förderprogramm reaktiviert und 800 Millionen Euro für zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt.



Irreguläre Migration eindämmen

Dass es möglich ist, irreguläre Migration zu begrenzen, zeigt die unionsgeführte Koalition. Ein Jahr nach ihrem Amtsantritt ist die Zahl der Asylerstanträge um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Unter anderem deshalb, weil der Schutz unserer Grenzen ausgedehnt wurde. Ausländische Straftäter werden konsequent abgeschoben, auch nach Afghanistan und Syrien. Was ebenfalls hilft: Die Bundesregierung kann Staaten nun schneller als sichere Herkunftsländer einstufen, um die Asylverfahren zu beschleunigen.

Mit der Abschaffung der Turbo-Einbürgerung unterstreicht die Koalition den Stellenwert einer gelungenen Integration. Erst nach fünf Jahren können Ausländer nun einen deutschen Pass beantragen.

Dank des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird künftig häufiger direkt an der EU-Außengrenze über Asylanträge entschieden. Wer abgelehnt wird, hat kein Bleiberecht und muss in den jeweiligen Herkunftsstaat zurückkehren.

Die Rente zukunftsfähig machen

Das Rentensystem steht vor großen Herausforderungen. Immer weniger Beitragszahler müssen immer mehr Rentner finanzieren. Zur Frage, wie die Alterssicherung langfristig stabil gehalten werden kann, erarbeitet eine Kommission bis zum Sommer 2026 Reformvorschläge.

Jenseits der großen Reform gibt es bereits Neuerungen wie die Aktivrente: Wer als Arbeitnehmer nach Beginn des regulären Renteneintrittsalters weiterarbeitet, kann bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei verdienen. Zudem wurde die Mütterrente ausgeweitet und die betriebliche Altersvorsorge gestärkt.

Umfassend reformiert hat die Koalition bereits die „Riester-Rente“. Das neue System privater Altersvorsorge zeichnet sich durch niedrigere Kosten sowie eine einfache, auch für Menschen mit kleinem Einkommen attraktive staatliche Förderung aus. Ein klarer Fokus liegt auf den Renditechancen des Kapitalmarkts. Erstmals können nun auch Selbstständige auf diese Weise vorsorgen. Alte Riesterverträge haben aber Bestandsschutz und werden weiter wie üblich gefördert. Möglich ist jedoch auch ein Wechsel in die reformierte private Altersvorsorge.



Beste Gesundheitsversorgung bei stabilen Beiträgen

Die Rentenkasse ist nicht die einzige Sozialversicherung, die reformbedürftig ist. Auch der Kranken- und Pflegeversicherung droht ein Milliardendefizit, was steigende Beiträge nach sich ziehen würde. Das bedeutet: Für Arbeitgeber wird es immer teurer, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Und für Arbeitnehmer bleibt immer weniger Netto vom Brutto.

Damit das nicht passiert, dürfen die Lohnnebenkosten 40 Prozent nicht überschreiten. Um die Einhaltung des Limits kümmern sich Kommissionen aus Fachleuten.

Als eine der ersten hat die Kommission zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung geliefert. Aus ihren 66 Vorschlägen hat das Gesundheitsministerium ein Maßnahmenpaket zusammengestellt, das vom Kabinett bereits verabschiedet wurde. Es sieht Einsparungen quer durch die Bank vor. Und es garantiert den Erhalt einer hochwertigen Gesundheitsversorgung – bei gleichzeitig stabilen Beiträgen.

Eine Neuordnung der Krankenhauslandschaft hat die Koalition bereits in die Wege geleitet. Ziel der großen Strukturreform ist es, die medizinischen Leistungen in den Fachkliniken zu verbessern und die stationäre Grundversorgung auf dem Land zu sichern. Für die Umgestaltung erhalten die Bundesländer ausreichend Zeit.

Neue Grundsicherung für mehr Gerechtigkeit

Mehr Gerechtigkeit im Sozialstaat: Die Neue Grundsicherung ersetzt künftig das Bürgergeld. Wichtigstes Ziel der Reform ist es, Menschen dauerhaft in Arbeit zu bringen. Sozialleistungen erhalten nur noch diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können. Menschen, die arbeiten wollen, werden hingegen gefördert. Die Vermittlung eines Arbeitsplatzes hat wieder Priorität.

Fördern und Fordern sind zwei Seiten einer Medaille. Wer Termine bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, dem werden Leistungen gekürzt oder gestrichen. Damit Menschen dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß fassen können, spielt aber auch die Weiterbildung eine wichtige Rolle, besonders bei jüngeren Menschen.

Zur Reform des Sozialstaats gehört nicht nur die Neue Grundsicherung. Eine Fachkommission hat Vorschläge vorgelegt, wie der Staat effizienter, bürgerfreundlicher und transparenter werden kann. So soll die Digitalisierung in vielen Bereichen Papierkram überflüssig machen. Anträge auf Sozialleistungen sollen leichter auszufüllen sein und Amtsentscheidungen sollen schneller getroffen werden.



Mit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich die Bedrohungslage für Deutschland und seine Partner in EU und NATO drastisch verschärft. Die Bundeswehr wird deshalb materiell aufgerüstet und personell aufgestockt. Planung und Beschaffung werden beschleunigt. Es gilt: Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen.

Für die Auf- und Ausrüstung der Bundeswehr stehen bis 2029 rund 600 Milliarden Euro bereit. Damit ausreichend Mittel vorhanden sind, hat die Koalition die Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen.



Wehrhaftigkeit stärken

Um mehr Personal für die Bundeswehr zu gewinnen, hat die Koalition einen neuen Wehrdienst eingeführt, der zunächst auf Freiwilligkeit beruht. Ab dem Geburtsjahrgang 2008 werden junge Männer und Frauen angeschrieben. Gemustert werden – weil es das Grundgesetz so vorschreibt – nur Männer. Ziel ist es, die Bundeswehr von jetzt 185.000 auf 260.000 Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2035 aufzustocken. Gelingt das nicht per Freiwilligkeit, kommt eine Wehrpflicht in Betracht.



Außenpolitisch
Führungsstärke
zeigen

Deutschland hat mit Friedrich Merz wieder einen Kanzler, der Außenpolitik zur Chefsache macht und in Europa Führungsstärke zeigt. Friedrich Merz wirft das politische Gewicht Deutschlands in die Waagschale, wenn es darum geht, europäischen Interessen in der Welt Nachdruck zu verleihen. Das gilt besonders bei den Bemühungen um ein Ende des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Und es gilt auch mit Blick auf den besonnenen Umgang mit dem Krieg im Nahen Osten.

Unser Land erweist sich unter Kanzler Merz als engagierter NATO-Partner. Bis 2035 wird Deutschland fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung stecken – davon 3,5 Prozent in die Bundeswehr und 1,5 Prozent in militärisch wichtige Verkehrswege oder den Schutz der kritischen Infrastruktur.

Trotz immer stärkerer Abschottungstendenzen weltweit stehen Deutschland und die EU für Freihandel. Dazu dient der Abschluss von Handelsabkommen, Wirtschaftspartnerschaften und Investitionsschutzabkommen. So hat sich die Unionsfraktion unter anderem erfolgreich dafür eingesetzt, dass die EU und Mercosur ein Handelsabkommen abgeschlossen haben, das seit dem 1. Mai 2026 vorläufig angewendet wird.

Kontakt & Impressum

HERAUSGEBER

**CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag**

Steffen Bilger MdB
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer

Reinhard Brandl MdB
Parlamentarischer Geschäfts-
führer der CSU-Landesgruppe
und Stellvertreter des
Ersten Parlamentarischen
Geschäftsführers

KONTAKT

**CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag**

Strategie & Kommunikation
Platz der Republik 1
11011 Berlin

STAND

Mai 2026

BILDNACHWEISE

Titel: CDU/CSU-Bundestags-
fraktion, Michael Wittig;
Seite 4: Tobias Koch;
Seite 6: Shutterstock, T.Vyc;
Seite 9: Shutterstock,
Gorodenkoff; Seiten 10 – 11:
Shutterstock.com, Snapshot
freddy; Seite 12: Shutterstock.
com, Lilia Solonari; Seite 15:
Shutterstock.com, Volha_R;
Seite 18 – 19: iStock,
huettenhoelscher; Seite 20:
Shutterstock.com, Photography
is on

Die Fotos in dieser
Broschüre sind urheber-
rechtlich geschützt.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Wir machen den Unterschied

Eine Publikation der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

